

Sternstunde der Diplomatie?

INTERNATIONALE ASPEKTE DES MAUERFALLS 1989/90

Der Fall der Mauer ist nicht nur eine Chiffre für den Umbruch in der DDR, sondern auch für die Beendigung des Ost-West-Konflikts. Eine Wissenschaftlerin des Instituts für politische Wissenschaft analysiert die Wende aus politikwissenschaftlicher Sicht.

Die Öffnung der Grenzübergänge in der geteilten Stadt Berlin am Abend des 9. Novembers 1989 beruhte auf einer einmaligen historischen Konstellation und führte zum Ende eines über vierzig Jahre andauernden, weltumspannenden Konflikts, was dem Mauerfall die Aura einer epochalen Zäsur verleiht. Einen Masterplan für dieses Ereignis, das die politische Architektur in Europa grundlegend verändert hat, lag nicht vor. Vielmehr traten mehrere internationale und interne Faktoren in diesen bewegten Monaten zusammen. Dabei bleibt festzuhalten, dass die Wende in der DDR in mehrfacher Hinsicht einen Sonderfall darstellt. Im Unterschied zu den Umwälzungen in den anderen postkommunistischen Ländern führte die friedliche Revolution nicht nur zu einem politischen Systemwechsel, wie in Polen oder in Ungarn, sondern vielmehr zur Selbstauflösung des Staates.¹ Mit den ersten freien Wahlen im März 1990 wurden die Weichen zum Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland gestellt, der Prozess selbst in überraschend kurzer Zeit bewältigt. Der Historiker Konrad H. Jarausch bezeichnet die »unverhoffte Einheit« zutreffend als Spezifikum der ostdeutschen Entwicklung im Vergleich zu den anderen Transformationsländern Ostmitteleuropas, zum Beispiel Polen und Ungarn.²

Aus politikwissenschaftlicher Sicht ist die Wende analytisch vielschichtig. Sie bleibt nicht nur ein Lehrstück für die Transformation eines politischen Systems, sondern sie zeigt auch, wie interne und internationale Entwicklungen in diesem zeithistorischen Moment in einer einmaligen Verdichtung zusammentrafen und ein weltpolitisch belastender Konflikt beseitigt werden konnte.³ Die »Sternstunde der Diplomatie«, die über die »2+4«-Verhandlungen den Weg für die deutsche Einheit frei machte, wäre ohne die vorangegangenen politischen Verschiebungen jedoch kaum möglich gewesen. Wie die Forschung zeigt, führten längerfristige, strukturelle Ursachen schließlich zum Umbruch in Europa. Voraussetzungsvolle Veränderungen in den internationalen Beziehungen bilden analytisch ein zentrales Scharnier für den Systemwechsel und die deutsche Vereinigung.

Bereits vor dem Fall der Mauer im November 1989 wurde eine tief greifende Legitimitätskrise in den Ländern des Ostblocks sichtbar. Periodisch auftretende Krisen erstreckten sich vom Volksaufstand am 17. Juni 1953 in der DDR, dem Aufstand in Ungarn im Jahr 1956, dem »Prager Frühling« 1968 in der Tschechoslowakei, bis zu den Streikwellen in Polen in den Jahren 1970, 1976 und 1980. Die »sozialistische Alternative«, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit noch auf breitere Unterstützung bauen konnte, wurde durch rigide Machtpolitik delegitimiert, die jüngere Generation zunehmend desillusioniert und der generationsbedingte Mentalitätswandel der 1980er Jahre führte schließlich zu verschiedenen Formen von Protest, Demonstrationen und Streiks. Der fiktive Gesellschaftsvertrag, auf dem die Legitimation der staatssozialistischen Systeme aufgebaut war und der der Bevölkerung soziale Sicherheit im Austausch gegen politische Freiheiten anbot, erwies sich zunehmend als brüchig. Spätestens mit der Bildung der unabhängigen Gewerkschaft »Solidarnosc« 1980 in Polen wurde deutlich, dass sich eine neue, politisch selbstbewusste Generation herausgebildet hatte, die die herkömmlichen Machtstrukturen in Frage stellte. Selbst in der relativ geschlossenen Gesellschaft der DDR trat in den 1980er Jahre

Der Zwei-Plus-Vier-Vertrag ist ein Staatsvertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland zwischen der DDR und der BRD sowie Frankreich, den USA, Großbritannien und der damaligen Sowjetunion. Er regelt in zehn Artikeln die außenpolitischen Aspekte der deutschen Vereinigung und trat am 15.03.1991 offiziell in Kraft.

- 1 Zur Transformation vgl. z. B. Wolfgang Merkel/Hans-Jürgen Puhle: Von der Diktatur zur Demokratie. Transformationen, Erfolgsbedingungen und Entwicklungspfade, Opladen 1999; Gert-Joachim Glaessner: Systemwechsel und Demokratisierung. Russland und Mittel-Osteuropa nach dem Zerfall der Sowjetunion, Opladen 1997; Gerhard A. Ritter: Der Preis der deutschen Einheit, München 2006.
- 2 Vgl. Konrad H. Jarausch: Die unverhoffte Einheit 1989–1990, Frankfurt a. M. 1995 (engl. Originaltitel: The Rush to German Unity).
- 3 Vgl. Christiane Lemke: Internationale Beziehungen. Grundkonzepte, Theorien und Problemfelder, München 2008, S. 143f.

ein Wandel ein. Die politische Elite wurde durch eine sich immer offener artikulierende, neue inoffizielle politische Kultur herausgefordert. Bereits die Bildung einer unabhängigen Friedensbewegung zu Beginn der 1980er Jahre im Rahmen von Kirchenbasisgruppen und schließlich die Menschenrechts-, Frauen- und Umweltgruppen, die nach Alternativen zum erstarrten staatssozialistischen Modell suchten, begründeten eine politische »Doppelkultur« und

wegung entstand. Am 4. November 1989 demonstrierten schließlich etwa eine halbe Millionen Menschen in Ostberlin gegen das DDR-Regime. In der Erinnerungskultur der DDR-Geschichte steht dieses Datum jedoch im Schatten des kurz darauf erfolgten Mauerfalls.

Der amerikanische Wirtschaftshistoriker Charles S. Maier argumentiert, dass die sich in den 1980er Jahren durchsetzende Globalisierung

Hemmschuh für eine innovative Wirtschaftsentwicklung. Die fortgesetzte Förderung der Schwerindustrien selbst noch zu einem Zeitpunkt, als die Stahlexpansion in (West-) Europa längst vorbei war, weil sich asiatische Länder mit preisgünstigen Angeboten durchsetzen konnten und sich der Weltmarkt an neuen Technologien und qualitativ hochwertigen, flexiblen Produkten orientierte, legte die zentrale Schwäche der osteuropäischen Länder offen. Die Gleich-



Bild 1
Die Öffnung der Mauer am Potsdamer Platz

Foto: Christiane Lemke

deuteten Konturen eines Umbruchs an.⁴

Die Oppositionsbewegung in der DDR erhielt im Herbst 1989 durch den »Demonstrationseffekt« Auftrieb, der durch die gleichzeitig in den angrenzenden Ländern stattfindenden Proteste und Demonstrationen erzeugt wurde.⁵ Auch verstärkten sich Massenausreisen (»exit«) und Massenproteste (»voice«) in der DDR wechselseitig, so dass sich die Protestbewegung trotz der organisatorischen Schwäche der innergesellschaftlichen Opposition in den Jahrzehnten vorher rasch ausbreitete und eine zivilgesellschaftliche Be-

des Weltmarktes zur Zuspitzung der latenten Wirtschaftskrise in den RGW-Ländern beigetragen und die Legitimitätskrise vertieft habe.⁶ Während die am sowjetsozialistischen Modell orientierten Länder in den ersten drei Dekaden nach dem 2. Weltkrieg beeindruckend hohe Wachstumsraten aufwiesen, änderte sich dies spürbar mit den veränderten Weltmarktbedingungen. Die »Hochzeit zwischen Kohle und Stahl« (Alexander Gerschenkron), die für den Wiederaufbau und die industrielle Massenproduktion zunächst notwendig gewesen war, wirkte zunehmend als

gerichtetheit der Wirtschaftssysteme im Rahmen der Planwirtschaft und die politisch begründete Abschottung von Weltmarktentwicklungen im sowjetischen Macht- und Einflussbereich wirkten als innovationshemmende Fesseln. Verschärft wurde das Problem durch den Rüstungswettlauf zwischen den Supermächten, der besonders in der Sowjetunion Ressourcen band und produktive Beziehungen zu den ostmitteleuropäischen Ländern verhinderte. Chronische Versorgungsengpässe und eine stetig wachsende Umweltbelastung gehörten zum Alltag. Die Krise der

4 Diese These ist ausführlicher entwickelt in: Christiane Lemke: Die Ursachen des Umbruchs. Politische Sozialisation in der ehemaligen DDR, Opladen 1991. Zur Protestbewegung und der zivilgesellschaftlichen Opposition vgl. auch Christiane Lemke: Protestverhalten in Transformationsgesellschaften, in: Politische Vierteljahresschrift, 1/ 1997, S. 50–78.

5 Wie der britische Historiker Timothy Garton Ash beobachtete, vollzog sich der Wandel in immer kürzeren Zeitintervallen: 10 Jahre in Polen, von der Gründung der Gewerkschaft »Solidarność« im Sommer 1980 bis zur ersten nicht-kommunistischen Regierung 1990; 10 Monate in Ungarn, wo im Herbst 1988 eine Verfassungsreform mit dem Ziel der Liberalisierung durchgeführt wurde, bis zur Einführung des Runden Tisches und der Grenzöffnung zwischen Ungarn und Österreich im Sommer 1989; 10 Wochen in der DDR vom Rücktritt Erich Honeckers im Oktober zur Einrichtung des Runden Tisches in Berlin im Dezember 1989; 10 Tage in der Tschechoslowakei von den Massendemonstrationen und Streiks Ende November zu den freien Wahlen im Dezember 1990. Vgl. auch Timothy Garton Ash: Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas, München 1990.

6 Vgl. Charles S. Maier: Dissolution. The Crisis of Communism and the End of East Germany, Princeton 1997

staatssozialistischen Länder spitzte sich schließlich aufgrund der Inflexibilität des Systems bei veränderten weltwirtschaftlichen Bedingungen immer mehr zu.

In dieser Situation kam es 1985 zum Machtwechsel in der Sowjetunion. Die Politik der »Perestroika« des sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow zielte zum einen auf eine Veränderung des zentralen Wirtschaftsmechanismus, um die Sowjetunion aus der Krise herauszuführen. Unterstützt wurden die Wirtschaftsreformen zum anderen durch eine partielle Öffnung der Medien und des politischen Diskurses im Rahmen von »Glasnost«. Das »neue Denken« (Gorbatschow) in der Außenpolitik mit der Annäherung an den Westen, insbesondere an die Vereinigten Staaten, bildete den dritten Pfeiler der Reformpolitik, mit der sich Gorbatschow gegenüber den »Falken« im sowjetischen Machtapparat zunächst durchsetzen konnte. Im Rahmen der Verständigung mit den USA, die Teil der neuen Außenpolitik war, kam es im isländischen Reykjavik 1988 zu einem ersten Treffen zwischen dem sowjetischen Staatschef Michail Gorbatschow und dem amerikanischen Präsidenten George Bush (sen.), bei dem eine Vereinbarung über den Abzug von Mittelstreckenraketen aus Europa getroffen werden konnte. Dieses Abkommen war nur möglich geworden, weil sich bereits vor der neuen Phase der Entspannung Veränderungen in der Sowjetunion vollzogen hatten und sich die Reformer, zumindest in Teilbereichen, gegenüber der alten, anti-westlich ausgerichteten Machtelite im Militär- und Sicherheitsapparat durchgesetzt hatten, denn das Dilemma der Sowjetunion bestand zu diesem Zeitpunkt in einem »imperial overstretch«, einer Überdehnung ihrer militärischen Macht, die sich zulasten ihrer wirtschaftlichen Ent-

wicklung auswirkte. Durch die eingeleiteten Reformen vergrößerten sich auch die Handlungsspielräume der Ostblockländer, was schließlich zu dem – von Gorbatschow nicht beabsichtigten – Resultat führte, dass sich die Länder Ostmitteleuropas aus der sowjetischen Hegemonie befreiten. Der Versuch, die sowjetische Politik an die Veränderungen des Weltmarktes

und Österreich die Öffnung der Grenze zwischen beiden Ländern zur Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen vereinbart. Dass diese Entwicklung eine Massenflucht von DDR-Bürgern in Gang setzen würde, war dabei nicht beabsichtigt gewesen. Die Legitimitätskrise spitzt sich für das DDR-Regime danach dramatisch zu. Aber erst mit der Öffnung der Mauer im November



Bild 2
DDR-Briefmarke von 1974: 25 Jahre »Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe«. Der »Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe« (RGW) war ein wirtschaftlicher Zusammenschluss der sozialistischen Staaten. 1991 löste er sich durch die politischen Umwälzungen von 1989 auf.
Urheber: Deutsche Post der DDR

anzupassen, führte daher zu dem paradoxen Resultat der Implosion des sowjetischen Macht- und Einflussbereichs.

Die politische Wende wäre allerdings ohne zwei grundlegenden Faktoren nicht eingeleitet worden: das chronische Legitimationsdefizit und die Reformunfähigkeit der Eliten. Den unmittelbaren Auslöser für die Krise des DDR-Regimes bildete die Massenausreise aus der DDR im Sommer 1989, die durch die Grenzöffnung zwischen Ungarn und Österreich DDR-Bürgern überraschend die Möglichkeit zur Ausreise in die Bundesrepublik bot, deren Staatsbürger sie formalrechtlich immer noch waren. Im Frühjahr 1989 hatten Ungarn

1989 setzte die »Revolution in der Revolution« (Jarusch) ein und die Forderung nach der Wiedervereinigung gewann gegenüber der Vorstellung innerer Reformen in der DDR die Überhand. Die DDR-Führungselite stand dieser sich rasch beschleunigten Entwicklung zunehmend machtlos gegenüber; Führung und Bevölkerung hatten sich mental bereits weit voneinander entfernt. Auch die westdeutsche Bundesregierung mit Kanzler Helmut Kohl wurde von den sich beschleunigenden Entwicklungen in der DDR überrascht; der noch im November 1989 angekündigte Zehn-Punkte-Plan der Bundesregierung wurde rasch durch konkrete Gespräche und Unterstützungmaßnahmen ab-

gelöst. Internationale Verhandlungen zur deutschen Vereinigung zwischen der Sowjetunion, den USA, Großbritannien und Frankreich mit den beiden deutschen Staaten ebneten mit den »2+4«-Verhandlungen schließlich den Weg zur deutschen Einheit. Erst jetzt konnte das »Friedensprojekt Europa« als gesamt-europäisches Projekt begonnen werden.



Prof. Dr. Christiane Lemke
 Jahrgang 1951, ist seit 1996 Professorin für Politische Wissenschaft an der Leibniz Universität Hannover und Sprecherin des Jean Monnet European Center of Excellence. Kontakt: lemke@ipw.uni-hannover.de



Bild 3
Trabi Kolonne auf ihrem Weg nach West-Berlin am 10. November 1989
 Foto: dpa picture alliance

Unimagazin

Zeitschrift der Leibniz Universität Hannover
 Mitteilungen des Freundeskreises
 der Leibniz Universität Hannover

